

Anfragen zum Plenum

in der 4. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Benjamin Adjei
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, was ist der aktuelle Planungsstand des Aufbaus eines Cyber-Schutzschirms für den bayerischen Mittelstand (BayernSOC), wann wird das angekündigte Pilotprojekt des Prototyps beim Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV) lanciert und welche sonstigen Maßnahmen im Rahmen des Konzepts zum BayernSOC werden geplant?

Horst Arnold
(SPD)

Vor dem Hintergrund der Ausführungen der PAG-Kommission zur Begleitung des neuen bayerischen Polizeiaufgabengesetzes in ihrem Abschlussbericht vom 30. August 2019, dass bei den im Berichtszeitraum der PAG-Kommission (PAG = Polizeiaufgabengesetz) der Zentralen Datenprüfstelle, die organisatorisch dem Polizeiverwaltungsamt (PVA) angegliedert ist (Art. 13 Abs. 4 Polizeiorganisationsgesetz – POG) und die Aufgaben wahrnimmt, die nach dem PAG der Entscheidung einer hierfür eingerichteten unabhängigen Stelle bedürfen (Art. 13 Abs. 1 Satz 1 POG), vorgelegten personenbezogenen Daten aus zwölf Maßnahmen der Telekommunikationsüberwachung (Art. 42 PAG), bei denen 21 Personen und 50 Anschlüsse überwacht wurden, und zwei Maßnahmen der Online-Durchsuchung (Art. 45 PAG) in den zwölf Maßnahmen/Fällen der Telekommunikationsüberwachung 54 Sperrungen bzw. Löschungen – davon 35 Vollsperrungen und 19 Teilsperren – von Kommunikationsinhalten vorgenommen wurden und in den zwei Maßnahmen/Fällen der Online-Durchsuchung insgesamt 8 208 Datensätze bewertet und davon 728 als kernbereichsrelevant gesperrt bzw. gelöscht wurden, frage ich die Staatsregierung, in wie vielen Fällen hat die unabhängige Stelle seit dem 25. Mai 2018 bis einschließlich des Zeitpunkts der Beantwortung dieser Anfrage Entscheidungen nach Art. 41 Abs. 5 Satz 1, 3 und 4 PAG – auch jeweils in Verbindung mit Art. 42 Abs. 7 PAG und Art. 45 Abs. 4 PAG – sowie nach Art. 53 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 PAG (bitte differenzieren zwischen der Prüfung nach Art. 53 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 Buchst. a PAG und Art. 53 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 Buchst. a PAG) getroffen und in wie vielen Fällen wurde bei Zweifeln über die Verwertbarkeit der erlangten Erkenntnisse bei einer Postsicherstellung nach Art. 35 PAG vor der Entscheidung über die Verwertbarkeit sich ins Benehmen mit der unabhängigen Stelle (Art. 35 Abs. 4 Satz 3 PAG) gesetzt?

Inge Aures
(SPD)

Nachdem die Staatsregierung laut eigener Aussage eine umfassendere Personalausstattung an den Bahnhofsstationen im Freistaat für wünschenswert hält und „sich laufend über die Gremien der Länder dafür ein[setzt], dass die Rahmenbedingungen für den Schienenverkehr auch durch strukturelle Änderungen innerhalb der DB verbessert werden“ (Drs. 18/6827: 6), frage ich die Staatsregierung, welche Anstrengungen unternimmt sie, um die Ausstattung mit Servicepersonal an Bahnhöfen zu sichern bzw. auszubauen, welche Forderungen erhebt sie an den Bund, die Deutsche Bahn und Bahnhofsbetreiber, und welche Ergebnisse konnte die Staatsregierung dabei bislang erzielen?

Johannes Becher
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kitas bzw. einzelne Gruppen in bayerischen Kitas sind aktuell geschlossen, wie entwickelt sich nach Einschätzung der Staatsregierung derzeit die Situation in den Kitas unter Einfluss der Omikron-Variante und welche Bilanz zieht sie für die Testnachweispflicht, die seit 10. Januar 2022 in den Kitas gilt (bitte auch auf Problemstellungen eingehen)?

Franz Bergmüller
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche MEDIZINISCHEN Argumente haben die Staatsregierung dazu bewogen, nach der vorbereitenden Runde der Gesundheitsminister der Länder am 5. Januar 2022, unter Mitwirkung auch des bayerischen Gesundheitsministers, dem Beschluss in der Videoschaltkonferenz des Bundeskanzlers mit den Regierungschefs der Länder am 7. Januar 2022, umfassend in dessen Nr. 3 und Nr. 4 auch die INZIDENZUNABHÄNGIGE Ausweitung von 2G, 2Gplus auf Kultur und Innen- und Außenbereich der Gastronomie, mit der angezielten Wirkung, dass Personen ohne „Auffrischungsimpfung“ und/oder aktuellem Test auch im Sommer, also wenn also gar kein COVID mehr vorhanden ist, z. B. der Zutritt in den Außenbereich eines Biergarten verwehrt werden kann, grundsätzlich zuzustimmen und damit eine Grundlage für die Änderung von § 2 COVID-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung (SchAusnahmV) des Bundes zu liefern, und nur im Rahmen einer Protokollnotiz Bedenken zu erheben, statt dem Beschluss am 7. Januar 2022 wegen des Tatbestandsmerkmals „inzidenzunabhängige“ die Zustimmung zu verweigern; welche MEDIZINISCHEN Argumente haben die Staatsregierung dazu bewogen, am 14. Januar 2022, im Bundesrat der Änderung von § 2 der SchAusnahmV zuzustimmen, die es nach Ansicht der Staatsregierung erforderlich gemacht haben, in § 2 Nr. 3 den Terminus „einer vollständigen Schutzimpfung“ in der bis dahin gültigen SchAusnahmV in den Terminus „eines vollständigen Impfschutzes“ in der neuen SchAusnahmV und in Nr. 5 den Terminus „einer vorherigen Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2“ in der bis dahin gültigen SchAusnahmV in den Terminus des „Vorliegens eines durch vorherige Infektion erworbenen Immunschutzes“ in der neuen SchAusnahmV, umzuwandeln und beide mit Kriterien zu versehen, die das dem Bundesgesundheitsministerium unterstellte

Robert Koch-Institut und das Paul-Ehrlich-Institut dann nutzen können, um die Dauer der Gültigkeit des im „Grünen Pass“ hinterlegten „Impfnachweises“ oder „Genesenennachweises“ dann nach eigenem Gutdünken festlegen zu können und beide dann am nächsten Tag, am Samstag, den 15. Januar 2022 dann um bis zu drei Monate auf nur noch drei Monate Gültigkeit zu reduzieren?

Cemal Bozoğlu
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund zahlreicher Medienberichte über viele unangemeldete Demonstrationen, die in den letzten Monaten als „Corona-Spaziergänge“ getarnt in Bayern stattfanden, frage ich die Staatsregierung, wie hoch die Anzahl an derartigen unangemeldeten Demonstrationen in Bayern seit Dezember 2021 war, wie häufig es dabei zu Verstößen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen sowie Gewalt gegen Polizeikräfte, Journalistinnen bzw. Journalisten und Gegendemonstrantinnen bzw. -demonstranten kam und welche Maßnahmen sie zur Verhinderung derartiger Aktivitäten unternehmen wird?

Florian von Brunn
(SPD)

Vor dem Hintergrund aktueller Meldungen, wonach die Staatsanwaltschaft München I im Zusammenhang mit dem neuen Gutachten der Kanzlei Westpfahl Spilker Wastl (WSW) zu Fällen sexualisierter Gewalt gegenüber Minderjährigen und erwachsenen Schutzbefohlenen im Erzbistum München und Freising derzeit 42 Fälle von Fehlverhalten kirchlicher Verantwortungsträger prüft, frage ich die Staatsregierung, wer traf in diesen Fällen die Entscheidung, nicht zu ermitteln, welche Mitglieder der Staatsregierung waren bzw. wurden seit 2010 bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt über die Fälle informiert (bitte mit Nennung des Datums) und inwieweit handelt es sich in den 42 Fällen neben unmittelbar Tatverdächtigen auch um kirchliche Verantwortungsträger, die von den Vorgängen Kenntnis hatten, aber ihrer Aufsichts- bzw. Informationspflicht nicht nachkamen?

Dr. Markus Büchler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit werden die Kosten für die zweite Stammstrecke der S-Bahn in München, die Ende Oktober 2016 mit 3,85 Mrd. Euro beziffert wurden, fortgeschrieben, wie hoch ist der aktuelle Kostenstand und welchen Finanzierungsbeitrag hat der Freistaat bisher für die zweite Stammstrecke aufgebracht?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem im Gesetz zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (KJSG) umfassende Änderungen am Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII), u. a. die Förderung von selbstorganisierten Zusammenschlüssen zur Selbstvertretung (§ 4a SGB VIII), beschlossen worden sind, frage ich die Staatsregierung, wie sieht der Zeitplan der Umsetzung der weitreichenden Änderungen des SGB VIII ins Landesrecht aus, wie plant die Staatsregierung die im § 71 SGB VIII geforderte Einbindung von selbstorganisierten Zusammenschlüssen in dem Landesjugendhilfeausschuss umzusetzen, um die Mitsprache u. a. von „Care-Leaver*innen“ auf bayerischer Landesebene sicherzustellen und welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, die Einbindung von selbstorganisierten Zusammenschlüssen zur Selbstvertretung wie die der „Care-Leaver*innen“ auf kommunaler Ebene in den Kinder- und Jugendhilfeausschüssen zu ermöglichen (z. B. durch finanzielle Förderung)?

Dr. Anne Cyron
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Auswirkungen auf die bayerischen Hochschulen hat es, dass die Landesregierung in Baden-Württemberg ab Montag, 24. Januar 2022, auf die Umsetzung der 2G-Regel an den Hochschulen verzichten und den Zugang für Studenten wieder mit Antigen-Schnelltest ermöglichen wird, wie kann die Staatsregierung eine 2G-Regelung an den bayerischen Hochschulen noch aufrecht erhalten, wenn es mittlerweile evidenzbasiert klar geworden ist, dass eine Doppelimpfung gegen die Omikron-Welle kaum etwas bewirken kann und welche Auswirkungen auf die oben genannten Regelungen hat die Aussetzung der 2G-Regelung auf den Einzelhandel für die Zugangseinschränkungen zur Hochschule?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

In Bezug auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Max Deisenhofer und Katharina Schulze vom 16. November 2021 betreffend EASy Gewalt und Sport (III) (Drs. 18/19579) frage ich die Staatsregierung, was ist die Ursache für die erhebliche Reduzierung der Eintragungen in die Datei EASy Gewalt und Sport (1 259 Personen am 18. November 2021 gegenüber 1 644 am 15. Juni 2021), wie viele der 362 Auskunftersuchen in 2021 hatten eine Löschung zur Folge und inwiefern wurden die Daten der entfernten Personen in andere Dateien überführt?

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Geflüchtete sind in bayrischen Flüchtlingsunterkünften aktuell mit dem Coronavirus infiziert (bitte nach Regierungsbezirken auflisten) wie viele Flüchtlingsunterkünfte befinden sich in Quarantäne (bitte nach Regierungsbezirken, Zeitdauer der Quarantänen und Pläne der Staatsregierung Kettenquarantänen zu vermeiden benennen) und plant die Staatsregierung aufsuchende niederschwellige Impfkampagnen und -aktionen gemeinsam mit Migrantenselbstorganisationen in Bayern durchzuführen (ähnlich wie in Berlin¹), um die Impfquote in den migrantischen Communities zu steigern?

Albert Duin
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welcher Anteil der Lift- und Seilbahnbetreiber in Bayern erhält Anfang des Jahres 2022 Corona-Hilfen (aufgegliedert nach Hilfe und Höhe der Hilfe), welcher Anteil der Betriebe hat Mitarbeiter in Kurzarbeit und plant die Staatsregierung eine Lockerung der Corona-Regeln auf 3G in den Liften und Seilbahnen?

Katrin Ebner-Steiner
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Flüchtlinge sind 2021 in Bayern mit der Absicht, einen Asylantrag zu stellen, eingereist, wie viele der gestellten Asylanträge sind bis Jahresende 2021 bearbeitet worden und in wie vielen der bearbeiteten Fälle wurde ein Flüchtlingsstatus zuerkannt (bitte nach Schutzform aufschlüsseln)?

Martina Fehlner
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie haben sich die Wanderparkplätze in Bayern in den letzten 15 Jahren entwickelt (bitte aufgelistet unterteilt nach Regierungsbezirken und Landkreisen mit Angabe von Anzahl und Fläche angeben), welche aktuellen Pläne gibt es bezüglich Anzahl sowie Fördermöglichkeiten und wie viele davon sind in der allgemeinen Benutzung gebührenpflichtig?

¹ <https://www.berlin.de/sen/ias/presse/pressemitteilungen/2021/pressemitteilung.1131462.php>

Matthias Fischbach
(FDP)

Nachdem die Korruptionsbekämpfungsrichtlinie (KorruR) im April 2021 neu gefasst wurde, weiterhin jedoch jedes Ressort mindestens eine Organisationseinheit mit der Aufgabe der Innenrevision für besonders korruptionsgefährdete Bereiche des Ressorts betrauen soll (Nr. 3.4. Satz 4 der KorruR) und nachdem sich nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Pandemie gezeigt hat, dass fragwürdige Verknüpfungen zwischen wirtschaftlichen Akteuren und staatlichen Einrichtungen auch im Freistaat Bayern ein erhebliches Problem darstellen, frage ich die Staatsregierung, inwiefern sich nunmehr Veränderungen bei den Angaben der einzelnen Ressorts auf meine Fragestellungen der Anfrage zum Plenum vom 22. März 2021, Drs. 18/14909, ergeben haben (eine Nennung von Veränderungen in den jeweiligen Spalten der Tabelle aus der genannten Anfrage zum Plenum ist ausreichend, bitte insbesondere auf die seit dem in der letzten Antwort genannten Stichtag erfolgte Kontrollen, die Personalausstattung und auf das Vorliegen aktueller Listen für die Jahre 2020 und 2021 eingehen), inwiefern Planungen bei den einzelnen Ressorts bestehen, die Innenrevision nach den eingangs genannten Eindrücken zu stärken und welche regulatorischen Überlegungen die Staatsregierung insgesamt hat, um künftig korruptem Handeln besser und frühzeitiger begegnen zu können, wie es etwa der Landtag durch die Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes praktiziert hat?

Anne Franke
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem 2020 das Brutareal der Kiebitze in Seefeld unterhalb des Bahnhofes vom Landesamt für Umwelt in die Feldvogelkullisse aufgenommen wurde, um zu einem effizienten Schutz der Agrarvogelzönose beizutragen, frage ich die Staatsregierung, ob die von der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) Starnberg akzeptierte Wintereinsaat der 4,2 ha großen Seefelder Kiebitz-Brutfläche, mit einer freigelassenen Brache von ca. 1,2 ha, nach zwei Reproduktionsausfällen infolge wegen unzureichender Maßnahmen, der Bestandserhaltung oder Verbesserung der Kiebitzpopulation nach § 1 Satz 2 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) toleriert wird?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung anlässlich der Berichterstattung in der Mainpost (MP) vom 21. Januar 2022, bis zu welchem Datum soll die geplante „Überführung in neue Trägerstrukturen“ des Zentrums für Angewandte Energieforschung in Würzburg (ZAE Würzburg) – das in Sachen angewandter Energieforschung „Pionierarbeit“ leistet und „hier deutschlandweit ein Alleinstellungsmerkmal“ hat (zitiert aus MP) – in die Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg Schweinfurt (FHWS) abgeschlossen werden, welche Mittel stehen nach dem Haushaltentwurf 2022 und den Vorplanungen für die kommenden Haushalte der FHWS als neuem Träger zur Fortführung des ZAE Würzburg zur Verfügung und wie wird die Zukunft des ZAE Würzburg (einschließlich der „aktuell rund 40 Mitarbeitenden“ – zitiert aus MP) von der Staatsregierung langfristig gesichert?

Thomas Gehring
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Stand beim Einsatz von Soldatinnen bzw. Soldaten zur coronabedingten Unterstützung in Einrichtungen wie Krankenhaus, Pflegeheim, Behindertenhilfe, Kindertagesstätten, u. a. (bitte die Antwort aufgeschlüsselt nach Einrichtungsarten und Anzahl der bayernweit dort eingesetzten Soldatinnen bzw. Soldaten), worauf gründet es sich, dass Soldatinnen bzw. Soldaten dort auf Anfrage für einen solchen Hilfseinsatz zugeteilt werden oder auch nicht und wer trifft die jeweilige Entscheidung über einen solchen Einsatz?

Harald Güller
(SPD)

Im Hinblick auf die im Haushaltsplan des Staatshaushaltes im Einzelplan 13 Kap. 03 in Tit. 972 04 auferlegte globale Minderausgabe zum Haushaltsabgleich 2021 in Höhe von 500 Mio. Euro (zusätzlich zu den Minderausgaben aufgrund haushaltsgesetzlicher Einsparungsmaßnahmen für 2021 in Höhe von 400 Mio. Euro), die sich gemäß der Erläuterung hierzu auf die einzelnen Geschäftsbereiche in bestimmter Höhe verteilt, frage ich die Staatsregierung, wo in den einzelnen Geschäftsbereichen in Haushaltskapiteln und Haushaltstiteln Minderausgaben erwirtschaftet wurden bzw. zur Erwirtschaftung des Haushaltsabgleiches festgelegt wurden (bitte unter Benennung der einzelnen Haushaltskapitel und Haushaltstitel und Mindestausgaben, als auch die Angabe der Höhe der Mindestausgaben), was jeweils die einzelne inhaltliche Rechtfertigung bzw. Begründung für die Einbringung der globalen Minderausgabe gerade in diesen Haushaltsansätzen ist und ob die betroffenen Haushaltstitel zugleich durch die sog. haushaltsgesetzliche Minderausgabe nach Tit. 972 01 eingeschränkt wurden (bitte unter Angabe des jeweiligen Umfangs der betroffenen Haushaltstitel)?

Martin Hagen
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie lange die Bearbeitungsdauer von Approbationsanträgen in den zuständigen Bezirksregierungen derzeit ist (bitte aufschlüsseln nach Dauer und Berufsgruppen), weshalb es Unterschiede aufgrund der Herkunftsregion in der Bearbeitungsdauer gibt (bitte unter besonderer Berücksichtigung von Anträgen von Bürgerinnen und Bürgern aus dem Nahen Osten, hier: Irak) und aus welchem Grund Antragstellerinnen und Antragstellern die Auskunft im Verfahren verweigert wird?

Prof. Dr. Ingo Hahn
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie die Verwertbarkeit von Blutproben, um den Antikörperstatus vermeintlicher Impfbetrüger zu ermitteln, vor dem Hintergrund, dass auch Ungeimpfte Antikörper haben können und auch Geimpfte keine Antikörper mehr haben können, wie bewertet sie die generelle Verwertbarkeit des Antikörperstatus mit Blick auf das Urteil des Verwaltungsgerichts Würzburg (VG Würzburg, Beschluss v. 21. Dezember 2021 – W 8 E 21.1606), welches feststellt, dass ein Antikörperstatus „keine eindeutige Aussage zur Infektiösität oder zum Immunstatus zulässt“ (Rn. 44), die Staatsregierung, eine Genesung allerdings bei 2G-Regeln einer Impfung gleichsetzt und ist angedacht, den Antikörperstatus künftig anders zu bewerten?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Vor dem Hintergrund der Berichterstattung der Mainpost am 24. Januar 2022 („Unsichere Zukunft: Würzburger Zentrum für Energieforschung wird zum Politikum“) frage ich die Staatsregierung, was sind konkret die Gründe, aus denen die Einigung zwischen Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger und Staatsminister für Wissenschaft und Kunst Bernd Sibler zur Überführung des Instituts Würzburg des Zentrums für Angewandte Energieforschung (ZAE) in die Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) Würzburg-Schweinfurt bislang nicht erfolgt ist bzw. die Angabe der augenblicklichen Dissens-Punkte, wann die Staatsregierung eine konkrete Lösung für die Zukunft des ZAE als Teil der HAW Würzburg-Schweinfurt vorlegt bzw. in die laufenden Haushaltsberatungen im Landtag einbringt und wie der Ministerpräsident den Sachverhalt bewertet, dass der entsprechende Ministerratsbeschluss immer noch nicht umgesetzt ist?

Ludwig Hartmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie begründet die Expertenkommission der Regierung von Oberbayern, dass die Entnahme des im Chiemgau gesichteten Wolfes gerechtfertigt ist, da die Kommission gleichzeitig in ihrer Bewertung vom 23. Dezember 2021 unter 2. zu dem Schluss kommt, dass „...für die einzelnen Vorfälle keine unmittelbare Gefahr für Leben und Gesundheit des Menschen...“ abzulesen sei und warum kommt hier die Expertenkommission zu dem Schluss, dass eine Vergrämung mit vorausgegangener Betäubung und Besenderung des Wolfes nicht zumutbar durchzuführen sei?

Christina Haubrich
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist die Auslastung der PCR-Testkapazitäten in Bayern zum aktuellen Zeitpunkt; wie hoch ist der Anteil der Testzentren in Bayern, in denen sich auch Personen mit COVID-19-Symptomen testen lassen können und plant die Staatsregierung angesichts der stark steigenden Zahlen in der Teststrategie verstärkt auf die Testzentren zu setzen, um Arztpraxen zu entlasten?

Elmar Hayn
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welcher Anteil der Mitarbeitenden (angestellt oder verbeamtet) im Geltungsbereich des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst der Länder (TVöDL) Bayern 2022 bzw. der Beamtenbesoldungsanpassung 2022 haben bis zu 200 Euro, zwischen 200 Euro und 1.300 Euro bzw. mehr als 1.300 Euro im Zeitraum 1. März 2020 und 31. Dezember 2021 erhalten, wie hoch ist der durchschnittliche Auszahlungsbetrag je Segment (bitte Aufschlüsselung nach Regierungsbezirken und tabellarische Darstellung)?

Dr. Wolfgang Heubisch
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, in welchem Umfang an den bayerischen Hochschulen aktuell Beratungsangebote für Studierende zur Verfügung stehen, die auf eine psychologische (Erst-)Beratung angesichts der widrigen Umstände der Coronapandemie angewiesen sind (bitte unter Nennung der entsprechenden Hochschule und der jeweiligen Kapazität der Beratungsstellen), in welchem Ausmaß diese Beratungsangebote von den Studierenden in Anspruch genommen werden (Nennung der Auslastung in Prozent für die Jahre 2019, 2020 und 2021) und inwieweit sichergestellt wird, dass bei der Inanspruchnahme eines Beratungsangebots keine negativen Konsequenzen für die weitere berufliche Laufbahn einer Studierenden bzw. eines Studierenden (beispielsweise bei Lehramtsstudierenden) resultieren?

Christian Hierneis
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, nachdem die Bekanntmachung „Vollzug des Bayerischen Naturschutzgesetzes; Teil 6 Erholung in der freien Natur“ über ein Jahr in Kraft ist, wie weit ist die Feststellung von Wegeeigenschaft und Wegeeignung im Alpenraum fortgeschritten, wie wird sie in den verschiedenen Landratsämtern in der Gebietskulisse der Alpenkonvention gehandhabt und gibt es Vorschriften oder Absprachen über eine einheitliche Handhabung der Bekanntmachung (insbesondere im Hinblick auf die Feststellung der Wegeeigenschaft (1.3.2.1), im Hinblick auf die Feststellung der Wegeeignung (1.3.3.2) und zu Markierungen und Wegetafeln (1.3.3.4))?

Alexandra Hiersemann
(SPD)

Vor dem Hintergrund, dass ab dem 10. Januar 2022 eine Testnachweispflicht für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr in Bayerns Kindertagesstätten gilt und Landkreise und kreisfreie Städte als Zuwendungsempfänger entsprechend der Bekanntmachung des Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales über die Richtlinie für Zuwendungen des Freistaates Bayern zur Durchführung von PCR-Pool-Tests in der Kindertagesbetreuung vom 30. September 2021 für sogenannte PCR-Pooltests förderberechtigt sind, frage ich die Staatsregierung, in wie vielen Landkreisen und kreisfreien Städten für wie viele Kindertagesstätten von der Möglichkeit der PCR-Pooltestung bisher Gebrauch gemacht wird und in welcher Höhe Fördergelder bisher zugesagt wurden (bitte aufgeschlüsselt nach Landkreisen und kreisfreien Städten angeben)?

Dr. Helmut Kaltenhauser
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch sie die Kosten für den Vorschlag von Herrn Staatsminister für Klaus Holetschek schätzt, der in einem Interview mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ Anfang Dezember 2021 vorschlug, das Gehalt der Pflegekräfte auf Intensivstationen für die kommenden zwölf Monate steuerfrei zu stellen oder durch einen Staatszuschuss zu verdoppeln, ob es dazu ein Konzept seitens der Staatsregierung gibt und welche parlamentarischen Initiativen die Staatsregierung auf Landes- oder/und Bundesebene eingeleitet hat, damit dieser Vorschlag zeitnah umgesetzt werden kann?

Annette Karl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie sind die im zweiten Grundsatz unter 7.1.3 Landesentwicklungsprogramm (LEP) genannten „schutzwürdige Täler und landschaftsprägende Geländerücken“, auf denen keine Freileitungen, Windkraftanlagen und andere weithin sichtbare Bauwerke errichtet werden sollen, definiert?

Christian Klingen
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie das Berechnungsverfahren des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit zur Ermittlung der Inzidenz in der Gruppe der Ungeimpften, Geimpften und bei Personen mit unbekanntem Impfstatus, weshalb wurden Personen mit unbekanntem Impfstatus für die Ermittlung der Inzidenz pauschal zu der Gruppe der Ungeimpften hinzugerechnet und was ist das genaue Verhältnis von ungeimpften zu geimpften Personen mit Anfangs „unbekanntem Impfstatus“, das sich aus „später vorliegenden Daten“ ergibt?

Paul Knoblach
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, für wie viele Tiere wurde in den vergangenen fünf Jahren von den zuständigen Behörden eine Ausnahmegenehmigung zum Kürzen des bindegewebigen Endstückes des Schwanzes von unter drei Monate alten männlichen Kälbern mittels elastischer Ringe erteilt (bitte aufschlüsseln nach Regierungsbezirken), auf welchen Zeitraum wurden die Ausnahmegenehmigungen jeweils befristet und in wie vielen Fällen wurde einem Antrag auf Ausnahmegenehmigung nicht stattgegeben?

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann erfolgt die Ausweisung der vom Landkreis München beantragten Teile des Isartals als Naturschutzgebiet, warum dauert die Bearbeitung bei der Regierung von Oberbayern nun bald zehn Jahre, was genau steht der Ausweisung jetzt noch konkret fachlich oder juristisch entgegen?

Natascha Kohnen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie lauten die konkreten Zielsetzungen der Staatsregierung zur weiteren Entwicklung des altbayerischen und schwäbischen Donaumooses bezogen auf den Klimaschutz und eine nachhaltige Landwirtschaft (bitte auch Höhe des bisher erreichten Realisierungsgrads angeben), welche personellen Kapazitäten sollen zur Erreichung dieser Ziele bereitgestellt werden (bitte Angabe in Stellenzahlen und Stellenbeschreibungen und einer Auflistung der besetzten/realisierten Stellen) und wie hoch ist der Umfang der finanziellen Mittel des Freistaates, die in diesem Jahr für diese gesamten Ziele aufgewendet werden sollen?

Sebastian Körber
(FDP)

Vor dem Hintergrund meiner Schriftlichen Anfrage vom 20. Dezember 2021 betreffend „BayernHeim GmbH (1)“ (Drs. 18/19676) frage ich die Staatsregierung, zu welchem Datum die zehnte Etage mit 1 246 m² Bürofläche untervermietet worden ist, um welchen Untermieter es sich handelt (Privatunternehmen oder Nennung der öffentlichen/staatlichen Behörde) und welche Tätigkeiten (z. B. Durchführung von Leistungsphasen der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure – HOAI) durch die zehn Beschäftigten im Bereich Neubau ausgeführt werden, obwohl die BayernHeim GmbH bisher weder selbst gebaut hat, noch für Bestandimmobilien Baurecht beschaffen musste?

Andreas Krahl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist die aktuelle Impfquote (Impfschutz gegen COVID-19) beim Personal der Alten- und Pflegeeinrichtungen und Wohneinrichtungen für Menschen mit Behinderungen insgesamt in Bayern (aufgeschlüsselt nach Einrichtungstyp, insbesondere nach einrichtungsspezifischer Impfpflicht ab 15. März 2022), wie hoch ist die Quote bei den Auffrischimpfungen in den Einrichtungen bzw. beim Personal und liegen der Staatsregierung Informationen darüber vor, ob ein erhöhtes Aufkommen von Kündigungen in den Einrichtungen registriert wurde, aufgrund der einrichtungsbezogenen Impfpflicht?

Susanne Kurz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ist die Schlechterstellung der Kunst und Kultur bei den Coronamaßnahmen hinter Gastronomie, Bergbahnen und Einzelhandel eine politische Entscheidung, die trotz der grundrechtlich geschützten Kunstfreiheit und trotz des einstimmig beschlossenen 3-Stufen Plans der Kulturministerinnen bzw. -minister der Länder vom 5. Februar 2021 getroffen wurde, wenn nein, welche wissenschaftliche Erkenntnis liegt der Auflagen-Kombination für den Kulturbereich mit 25 Prozent Maximalauslastung, 1,5 m Abstand, 2G+ und FFP2-Maskenpflicht am Platz im Vergleich z. B. zu möglicher Vollaustattung, 2G und keine Maskenpflicht am Platz in der Gastronomie zu Grunde, wie bewertet die Staatsregierung die Schlechterstellung der Kultur vor dem Hintergrund des Verfassungsgrades des Kulturstaats und des verfassungsrechtlichen Willkürverbots, das Ungleichbehandlung nur bei Vorliegen eines sachlichen Grundes zulässt?

Eva Lettenbauer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Im Zuge der Umsetzung und Implementierung des Bundesteilhabegesetzes und der voraussichtlichen Einführung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes frage ich die Staatsregierung, wie viele Stellen derzeit am Landesjugendamt besetzt sind, wie viele Stellen der derzeit bestehenden für die Umsetzung und Implementierung der Gesetze einsetzbar sind und ob es deswegen Neueinstellungen oder eine geplante Ausweitung des Stellenplanes gibt?

Roland Magerl
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung angesichts aktueller Meldungen, die darauf schließen lassen, dass über 20 Prozent der „Corona-Toten“ nicht an Corona starben, welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung für Bayern, wie viele Menschen als „Corona-Tote“ gemeldet wurden, obwohl sie nicht an Corona gestorben sind, was unternimmt die Staatsregierung, um hier korrekte Zahlen und damit eine saubere Datenbasis für Entscheidungen zu generieren und welche Maßnahmen werden ergriffen, um solche Fehler in Zukunft nicht mehr auftreten zu lassen?

Christoph Maier
(AfD)

Im Zusammenhang mit dem unbeschränkten Bahnübergang in der Bahnhofstraße in 87739 Breitenbrunn frage ich die Staatsregierung, wie viele Unfälle es dort in den letzten zehn Jahren gab, wann mit einer Beschränkung gerechnet werden kann und was die Staatsregierung unternimmt, um die Sicherheit dort zu verbessern?

Gerd Mannes
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie das Urteil des Oberlandesgerichts Rostock, dass die Direktvergabe der Luca-App vergaberichtswidrig erfolgte und unwirksam ist (Urt. v. 11. November 2021, Az. 17 Verg 4/21) zur Kenntnis genommen hat, ob sie gedenkt den Vertrag über die Luca-App trotz des oben bezeichneten Urteils fortzuführen und ob das oben bezeichnete Urteil nach Einschätzung der Staatsregierung Konsequenzen für weitere nicht ausgeschriebene Beschaffungsmaßnahmen, wie beispielsweise Pooltests, hat?

Helmut Markwort
(FDP)

Vor dem Hintergrund von Berichten über Verstöße gegen die in Art. 35 ff. Bayerische Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) normierte Schulpflicht frage ich die Staatsregierung, wie viele Verstöße gegen die Schulpflicht sind in den letzten drei Schuljahren jeweils gemeldet worden (bitte möglichst aussagekräftig untergliedert aufschlüsseln, insbesondere bezüglich Schulart, Landkreis/Bezirk und Jahrgangsstufe), wie hat sich die Anzahl der Verfahren zu Verstößen gegen die Schulpflicht innerhalb der letzten drei Schuljahre jeweils monatsweise entwickelt und wie entwickeln sich die Verfahren im aktuellen Schuljahr (bitte insbesondere die Anzahl der bislang eröffneten und der abgeschlossenen Verfahren sowie die Höhe der in diesem Rahmen angesetzten und der erhaltenen Bußgelder im Einzelnen und insgesamt darstellen)?

Jürgen Mistol
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der Sachstand zur laufenden bayernweiten Erhebung zur Wohnungslosigkeit im Rahmen des Fünften Berichts zur sozialen Lage in Bayern, wie ist der Runde Tisch Obdachlosigkeit mit den Ergebnissen der eingesetzten Arbeitsgruppen und der Überarbeitung der „Empfehlungen für das Obdachlosenwesen“ weiter verfahren und inwiefern wird der Landtag über die Ergebnisse unterrichtet?

Hep Monatzeder
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Masterstudienplätze im Rahmen der neu organisierten Psychotherapieausbildung in Bayern angeboten werden sollen, welcher prognostizierter Anzahl als Bachelorstudierenden diese gegenüberstehen und mit welchem zusätzlichen Personal geplant ist, die Lehre abzuwickeln?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie schätzt sie den Bedarf einer Novellierung des Bayerischen Gleichstellungsgesetzes nach der Expertinnen- und Expertenanhörung im Landtag zum Gleichstellungsgesetz am 26. Oktober 2021 ein, in welchen Bereichen sieht sie einen Novellierungsbedarf und mit welchem Zeitplan werden die entsprechenden Maßnahmen umgesetzt werden (bitte unter genauer Angabe/ Benennung der Maßnahmen)?

Alexander Muthmann
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie sich die Personalsituation der Bayerischen Polizei seit 2008 entwickelt hat (bitte Planstellen in den Jahren 2008, 2013, 2018 und heute miteinander vergleichen und den prozentualen Zuwachs angeben), welche Entwicklungen sich im gleichen Zeithorizont bei den Planstellen in der bayerischen Justiz ergeben (bitte hier nach Möglichkeit Aufspaltung nach Staatsanwaltschaft, Richtern in den einzelnen Gerichtszweigen sowie andere Personalgruppen) und welche Erkenntnisse der Staatsregierung vorliegen, die auf eine Zunahme der Arbeitsbelastung der Justiz durch gestiegene Personalkapazitäten bei der Polizei und damit verbundenen höheren Aufklärungsmöglichkeiten hindeuten?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, nach welchen Kriterien bei der Ausschreibung der Immobilien Freistaat Bayern² zur Vergabe eines Bestellbaus für die Erziehungswissenschaftliche Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität (FAU) Erlangen-Nürnberg der Standortplan eingegrenzt wurde, warum bspw. das Gebiet Buch-Süd nicht berücksichtigt wurde und warum die Interessensbekundung bereits zum 31. Januar 2022 erfolgen muss?

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Ergänzung zur Schriftlichen Anfrage vom 20. Dezember 2021 mit dem Titel „Steuerhinterziehung durch Scheinfirmensitze in Gewerbesteuer-Oasen“ (beantwortet am 18. Januar 2022, Drs. 18/19727) frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse das Rundschreiben des Landesamtes für Steuern vom Dezember 2021 an die Finanzämter mit Beantwortungsfrist bis 17. Januar 2022 ergab und welche Anzahl von Fällen von Gewerbesteuerbetrug dabei von den Finanzämtern jeweils angegeben wurden (bitte für die Finanzämter einzeln aufschlüsseln)?

Doris Rauscher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge für Gelder aus dem 4. Sonderinvestitionsprogramm (SIP) mussten aufgrund aufgebrauchter Gelder 2021 abgelehnt werden (bitte differenziert nach Regierungsbezirken), wie viele zusätzliche Kita-Plätze hätten mit diesen offenen Anträgen geschaffen werden sollen (bitte differenziert nach Regierungsbezirk, Art des Betreuungsplatzes, also Krippe, Kindergarten, Hort), wie viele zusätzliche Gelder wären je Regierungsbezirk nötig gewesen, um diese noch offenen Anträge bewilligen zu können?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele antisemitische Straftaten wurden in Bayern im Jahr 2021 verübt (bitte einzelne Delikte detailliert darstellen und nach Anzahl, Art und Motivation der Straftaten aufgeschlüsselt angeben), welchem Phänomenbereich der Politisch Motivierten Kriminalität wurden diese Straftaten jeweils zugeordnet, wie viele der antisemitischen Straftaten in Bayern im Jahr 2021 haben im Internet stattgefunden (bitte einzelne Delikte detailliert darstellen und nach Anzahl, Art und Motivation der Straftaten aufgeschlüsselt angeben)?

² <https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:651847-2021:TEXT:DE:HTML>

Julika Sandt
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kinder und Jugendliche sind nach Kenntnis oder Schätzung der Staatsregierung aktuell in Bayern wohnungslos bzw. obdachlos (bitte aufschlüsseln nach unter 18-Jährigen und 18- bis 25-Jährigen), welche Strategie verfolgt die Staatsregierung zur Bekämpfung von deren Wohnungslosigkeit bzw. Obdachlosigkeit (unter Nennung konkreter Maßnahmen seit 2018) und inwiefern wird die Staatsregierung die Ergebnisse der ersten deutschlandweiten Statistik untergebrachter wohnungsloser Personen vom Statistischen Bundesamt im anstehenden Sozialbericht berücksichtigen?

Jan Schiffers
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kräfte waren beim Polizeieinsatz Erlangen-Eltersdorf Königsmühle am 20. Januar 2022 eingesetzt, wurden im Laufe des Einsatzes tatsächlich Kinder von Erwachsenen separiert, um diese dann ohne deren Eltern durch mit Maschinenpistolen bewaffnete Beamte zu vernehmen oder befragen und sind Aussagen von Betroffenen zutreffend, nach denen eine Journalistin die Einsatzkräfte begleitet hat?

Toni Schuberl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Datengrundlage (Inzidenzwerte, Krankenhausampel etc.) wird derzeit für die Abstufung der Infektionsschutzmaßnahmen in den bayerischen Justizvollzugsanstalten herangezogen, wieso gibt es zwischen den verschiedenen Justizvollzugsanstalten (JVAs) unterschiedliche Regeln zum Ausgang (bspw. im Offenen Vollzug der JVA Aichach im Vergleich zur JVA Straubing) und wieso durften Gefangene im Offenen Vollzug die JVA im Dezember bei roter Krankenhausampel verlassen, um ihrer externen Arbeit nachzugehen, aber nicht, um ihre Familien zu besuchen (bspw. in der JVA Ingolstadt)?

Stephanie Schuhknecht
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem im Kultusministeriellen Schreiben Nummer II.6-BO4171.0/47 des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 27. August 2021 die Schulen zur Meldung der Anzahl von mobilen Luftreinigungsgeräten an ihren Schulen über das Bayerische Schulportal gebeten werden, da „allein die Zahl der Förderanträge der Schulaufwandsträger (...) kein vollständiges Bild zur Situation an den Schulen ergibt“ und diese Meldungen jeweils zum Beginn eines jeden Monats zu aktualisieren, frage ich die Staatsregierung, wie viele mobile Luftreinigungsgeräte sind aktuell an bayerischen Schulen laut Bayerischem Schulportal installiert (bitte monatliche Zahlen seit Beginn der Abfrage zum 10. September 2021 angeben), welche Summe der „gebundenen“ rund 71 Mio. Euro für bewilligte Anträge aus den drei Antragsrunden³ wurden bisher ausbezahlt und wie viele Räume (nicht Klassen) gibt es an den bayerischen Schulen insgesamt?

³ vgl.: <https://www.br.de/nachrichten/bayern/faktenfuchs-stehen-wirklich-in-70-prozent-derklassenzimmerluftfilter>, SvAmUlv

Katharina Schulze
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, haben Strafverfolgungsbehörden in Bayern Daten aus der Luca-App entgegen § 28a Abs. 4 Infektionsschutzgesetz zweckentfremdet genutzt, nämlich zum Zweck der Zeugensuche oder Strafverfolgung, und auf persönliche Daten der Corona-Kontaktlisten zugegriffen und/oder haben sie sich direkt an Gesundheitsämter gewandt, um persönliche Daten von den Nutzerinnen bzw. Nutzern der Luca-App zu erhalten?

Stefan Schuster
(SPD)

Aufgrund der in der Schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Alexandra Hiersemann leider nicht beantworteten Frage (siehe Drs. 18/19646, Nr. 5a), frage ich die Staatsregierung, wie und in welcher Höhe wurden REFUGIO München, das Psychosoziale Zentrum (PSZ) Nürnberg und die weiteren sozialen Träger, die Angebote für Geflüchtete mit Bedarf an psychosozialer, psychotherapeutischer oder psychologischer Beratung, Psychotherapie oder Sozialberatung anbieten, seit Januar 2015 staatlich gefördert und sollen auch zukünftig staatlich gefördert werden (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren, Art der Förderung und Fördersumme angeben)?

Anna Schwamberger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum staatlich genehmigte private Grundschulen das Schulprofil „Inklusion“ im Gegensatz zu privaten Förderschulen nicht erwerben können, nach welchen Kriterien die Vergabe des Schulprofils „Inklusion“ bei Förderschulen erfolgt und welche Rolle die im Haushaltsplan zur Verfügung stehenden Mittel spielen, um das Profil für private Schulen insgesamt zu öffnen?

Gisela Sengl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum ist der Referenzkostenbetrag für den Herdenschutzzaun in der Investitionsförderung Herdenschutz begrenzt worden, welche Berechnungsgrundlage wird für den Referenzkostenbetrag herangezogen, und welche Regelung greift für Antragstellerinnen bzw. Antragsteller, die sich bereits im Antragsverfahren befinden?

Florian Siekmann
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Stück textilen Mund-Nase-Schutz hat die Staatsregierung bei der Bavaria Werbe- und Wirtschaftsdienste GmbH beschafft, zu welchem Preis und wie bewertet die Staatsregierung vor dem Hintergrund des staatlichen Neutralitätsgebotes, dass staatliche Beschaffungen bei einer hundert Prozent Tochter der CSU, die die Website <https://www.csu-fanshop.de> betreibt, erfolgen?

Ulrich Singer
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie die Impfpflicht für Pflegeberufe mit Blick auf die sich abzeichnenden Kündigungswellen nicht geimpfter Mitarbeiter in diesen Bereichen, welche Vorkehrungen trifft die Staatsregierung, dass es im Bereich der Pflege durch die auszusprechenden Berufsverbote gegen nicht geimpfte Mitarbeiter nicht zu kritischen Mangelsituationen kommt und welche Maßnahmen werden ergriffen, wenn die Vorkehrungen nicht wirken und es durch Personalmangel zu einer akuten Gefährdung von Patienten und/oder Pflegebedürftigen kommt?

Christoph Skutella
(FDP)

Vor dem Hintergrund der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Beschaffung klimafreundlicher Leistungen (AVV Klima), welche bei Bundesbehörden Wasserspender als Ersatz von Mineralwasser, Bier, Säften, Milch und Erfrischungsgetränken in Einwegverpackungen vorsieht (siehe Anlage 1, Seite 13), frage ich die Staatsregierung, welche Vorschriften zur klimafreundlichen Beschaffung von Getränken in bayerischen Landesbehörden gelten, wie viele Wasserspender bereits in bayerischen Behörden installiert wurden (bitte mit Prozentangabe) und welche Vorkehrungen die Staatsregierung trifft, um den Einsatz von Wasserspendern in den bayerischen Behörden zu erhöhen?

Ursula Sowa
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

In Bezug auf die Nutzung von Konversionsflächen des Bundes bzw. der BImA in der Stadt Bamberg für die Einrichtung einer Aufnahmeeinrichtung für Geflüchtete frage ich die Staatsregierung, aufgrund welcher juristischen Grundlage (z. B. Vertrag) die Vereinbarung zur Nutzung der Fläche getroffen wurde, welche zeitliche Begrenzung es für die vereinbarte Nutzung darin enthalten ist und unter welchen Voraussetzungen es eine Möglichkeit zur Verlängerung gibt.

Dr. Dominik Spitzer
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Förderanträge nach der Förderrichtlinie „Pflege im sozialen Nahraum – Pflege-soNahFöR“ wurden im Haushaltsjahr 2021 gestellt, wie viele Förderanträge haben einen Zuwendungsbescheid erhalten und wie viel Haushaltsmittel an den veranschlagten Haushaltsmitteln im Haushaltsjahr 2021 wurden entsprechend in Anspruch genommen?

Diana Stachowitz
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Portionen aus dem Schulprogramm (Schulfrucht, Schulobst und Schulmilch) wurden in den letzten fünf Jahren geliefert und abgerechnet, wie viele Kitas und Schulen haben an dem Programm teilgenommen und wie haben sich die Ausgaben entwickelt (bitte alle Zahlen für die vergangenen fünf Jahre aufgeschlüsselt nach Landkreisen, kreisfreien Städten und Regierungsbezirken sowie bei den Ausgaben mit Angabe der durch die pandemiebedingten Schul- und Kita-Schließungen „eingesparten“ Summen – von Beginn der Pandemie bis heute angeben)?

Rosi Steinberger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum wurden bei der vorgeschlagenen Verordnung über das Naturschutzgebiet „Weltenburger Enge, Hirschberg und Altmühlleiten“ die in den behördenverbindlichen Managementplänen zum Fauna-Flora-Habitatgebiet „Weltenburger Enge“ und zum europäischen Vogelschutzgebiet „Felsen und Hangwälder im Altmühl- Naab-, Laber- und Donautal“ aufgeführten notwendigen Erhaltungsmaßnahmen insbesondere für Arten der Kiesbänke und der Donau (z. B. Vermeidung von Störungen an potenziellen Nistplätzen, v. a. Kiesbänke in der Weltenburger Enge, zur Brutzeit von April bis Ende Juni. Kontrolle und Durchsetzung der Verordnung über das Naturschutzgebiet sowie bei den FFH-Fischarten Störungen der Kiesbänke durch Freizeitnutzung [i. W. Fahrten mit Ausflugsschiffen, Flößen und Schlauchbooten] dürfen keinesfalls ausgeweitet werden, da damit ein wesentliches Gefahrenpotenzial verbunden ist) nicht aufgenommen, welche Funktion hat die Naturschutzgebietsverordnung bei der Umsetzung des Schutzes von Natura 2000-Gebieten und wie sollen die erforderlichen Maßnahmen der Managementpläne umgesetzt werden, wenn selbst die Naturschutzgebietsverordnung dem entgegensteht?

Dr. Simone Strohmayer
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, betrifft die im Rahmen der Kabinettsitzung vom 17. Januar 2022 beschlossene Aufstockung der Anwärtergrundbeträge zum 1. Dezember 2022 um 50 Euro und die Corona-Sonderzahlung von 650 Euro auch Lehramtsanwärterinnen bzw. -anwäter und Rechtsreferendarinnen bzw. Rechtsreferendare?

Martin Stümpfig
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Zum Entwurf der Fortschreibung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes frage ich die Staatsregierung, welche Gründe dazu führen, dass die Beratung durch Energieagenturen nur bis 2028 erfolgen soll, wie hoch die Mittel im Haushalt 2022 für eine Verbesserung und Beschleunigung des Förderprogramms für den geplanten Ausbau der Energieagenturen sind, wie sich der im Art. 13 beschriebene Koordinierungstab zusammensetzt?

Arif Taşdelen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, hält sie nach wie vor an ihrem im Frühjahr und Sommer 2021 bekundeten Interesse fest, bis zu 2,5 Mio. Dosen des russischen Impfstoffes Sputnik V zu erwerben und wie rechtfertigt die Staatsregierung ein eventuell fortbestehendes Interesse vor dem Hintergrund, dass es nach Einschätzung vieler Experten höchst fraglich ist, ob der Impfstoff jemals flächendeckend in der Europäischen Union zugelassen wird?

Gabriele Triebel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, hat sie Kenntnis darüber, welche der in den Schulen eingesetzten Antigen-Schnelltests entsprechend der ersten Einschätzung des Paul-Ehrlich-Instituts (Siemens, Roche, Flowflex, Abbott, Acon Biotech, Premier Medical Corporation, CTK Biotech) geeignet sind, die Omikron-Variante zuverlässig zu erkennen und werden, falls die bisherigen Tests nicht für Omikron geeignet sind, neue, qualitativ bessere Tests den Schulen bereitgestellt und werden die Antigenschnelltests der Firma „Nadal“, deren Sensitivität nachweislich gering und deren Falsch-Positiv-Rate hoch ist, durch bessere, sensitivere Tests ersetzt, um damit auch die nachgelagerten PCR-Testungen und Quarantäneanordnungen zu verringern?

Hans Urban
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Stellen der Entgeltgruppe A 10 werden an den Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Bereich Forsten 2022 neu geschaffen (Forstoberinspektorinnen bzw. -inspektoren), stammen also nicht aus kostenneutraler Umwandlung (Vollzug Art. 6b Haushaltsgesetz), wie hoch sind hierfür die Ausgaben und welche Gründe liegen der Umwandlung von acht Beamtenstellen in Arbeitnehmerstellen zugrunde (Haushaltsplan 2022 Entwurf, Epl 08 Seite 277, Tit. 422 01: 2 A14 in E14, 1 A13 in E13, 5 A11 in E11)?

Dr. Sabine Weigand
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem laut Presseberichten der Königsplatz in München im Sommer 2022 für die European Championships zur Verfügung gestellt wird und für den Beachvolleyball-Wettbewerb eine Sondertribüne über einen Teil der Sockelstufen der Antikensammlungen gebaut werden soll, die laut Bericht sanierungsbedürftig sind, frage ich die Staatsregierung, wie stellt sich der bauliche Zustand des Gebäudes, insbesondere die Sockelstufen, aktuell dar, wann soll eine Sanierung stattfinden und was wird unternommen um sicherzustellen, dass durch die Nutzung im Sommer keine weitere Gefährdung der Substanz entsteht?

Margit Wild
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Schulen (bitte aufgelistet nach Schularten, Regierungsbezirken, kreisfreien Städten und Gemeinden angeben) über welches Förderprogramm Luftfilter angeschafft oder beantragt haben und wie hoch der Zuschuss je Schule (bitte aufgelistet nach Schularten, Regierungsbezirken, kreisfreien Städten und Gemeinden angeben) durch das Land Bayern bzw. den Bund war?

Andreas Winhart
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wurden in den letzten fünf Jahren Förderung oder Subventionen durch den Freistaat Bayern an die Unternehmen der Baumüller-Gruppe ausbezahlt (bitte Förderungen und/oder Subventionen jährlich nach Art und Höhe auflisten), wurden in den letzten fünf Jahren Entgelte für Dienstleistungen oder Waren durch den Freistaat Bayern an die Baumüller-Gruppe entrichtet (bitte Entgelte für Dienstleistungen und/oder Waren jährlich nach Art und Höhe auflisten)?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem Staatsminister Hubert Aiwanger in der Sendung „Unkraut“ vom 17. Januar 2022 zur Seilbahnförderung argumentiert hat, es gehe bei der Seilbahnförderung darum „alte Seilbahnen durch neue zu ersetzen, alte, umweltschädliche Dieselaggregate zu modernisieren“, frage ich die Staatsregierung, welche der Seilbahnen in Bayern mit Dieselaggregaten betrieben werden, welchen Anteil Fördergelder, die für das Ersetzen von Dieselaggregaten durch umweltfreundlichere Energiequellen von der Seilbahnförderung verwendet wurden, an den gesamten Ausgaben für Fördergelder des Seilbahnförderprogramms haben, und in welchem Verhältnis die positiven Umweltwirkung durch CO₂-Einsparungen durch das Ersetzen von Dieselaggregaten zum zusätzlichen Energiebedarf für den Betrieb von ebenfalls geförderten, neuen Beschneiungsanlagen steht?